



# Grünbuch der zivilmilitärischen Zusammenarbeit (ZMZ) 4.0

Wie zivile Organisationen (Krankenhäuser, Rettungsdienste, Polizei) kriegstüchtig gemacht werden

**Was ist das Grünbuch ZMZ 4.0?** Während das Grünbuch ZMZ 3.0 Hilfe bei Umweltkatastrophen als Schwerpunkt hatte, geht es beim Grünbuch ZMZ 4.0 um konkrete Kriegsvorbereitung. Die dargestellte Bedrohungslage durch Russland (2030 erwarteter Angriff auf die Nato) soll die Unterwerfung ziviler Einrichtungen und Organisationen als Teil militärischer Maßnahmen erleichtern. Verfasst wurde das Grünbuch von Militärs Vertreter von Bundes- und Landesministerien, Verfassungsschutzämtern und einer Beratungsfirma (PwC). Dabei geht man davon aus, dass Deutschland kein Frontstaat werde, sondern Drehscheibe für Transport von Soldaten und Kriegsmaterial und Versorgung von Verwundeten.

**Das Grünbuch bekamen Rathäuser, Landratsämter, Landesregierungen und Bundesministerien, aber auch zivile Organisationen, die für die Kriegsvorbereitung eingespannt werden sollen.**

## Militarisierung der Krankenhäuser und des Gesundheitswesens

Die medizinische Versorgung muss für 60.000 Soldaten sichergestellt werden. Für die Verteilung sollen die Erfahrungen mit der Corona-Pandemie genutzt werden. Die Krankenhausbeschäftigten sollen ungefragt Teil der militärischen Kriegsdrohung werden.

*„Gesamtverteidigung als Aufgabe der Zivilgesellschaft und der Bundeswehr bedeutet für alle Akteure im Gesundheitswesen, ihren Beitrag zu leisten und am Bedarf der Streitkräfte zu planen...Die Wirksamkeit dieser Absicherung ist auch eine grundlegende Voraussetzung für die Motivation und das Vertrauen der eingesetzten Kräfte. (Grünbuch S. 32)“*

Wenn Soldaten Kampfhandlungen überleben, sollen sie mit einer bevorzugten medizinischen Behandlung rechnen können. Das fördert die Kampfbereitschaft und macht die Kriegsvorbereitung glaubwürdiger.

Dazu gehören auch Katastrophenschutzorganisationen ambulante Versorgungseinrichtungen, Apotheken, Arztpraxen, Kassenärztliche Vereinigungen, Gesundheitsämter und Rehabilitationseinrichtungen. Dabei sollen aber die Mängel in diesen Bereichen, die bereits in Friedenszeiten zu Tage getreten sind, nicht beseitigt werden. Es soll die Versorgung der verletzten Soldaten vorrangig, zu Lasten der Zivilbevölkerung,

### Das Verletztenszenario

Laut der Zeitschrift Wehrmedizin und Wehrpharmazie (2/2023) S.38 ist bei Kampfhandlungen mit bis zu 1.000 zusätzlichen Patienten pro Tag zu rechnen, 33,6 % intensivpflichtig, 22 % stark pflegebedürftig und 44,4 % leichter verletzt. Es gebe sehr viele Gefäß- und Amputationsverletzungen und auch für psychische Behandlungskapazitäten würde es einen erhöhten Bedarf geben. *„Soweit Umsetzungen und Maßnahmen gewählt werden, die zu einer Einschränkung des Versorgungsniveaus führen oder die Qualität der medizinischen Versorgung absenken ist eine Kommunikationsstrategie erforderlich, die die Maßnahmen der Bevölkerung erklären...Ferner könnten KI-gestützte Systeme... Patienten bei der Entscheidung unterstützen, eine Behandlungseinrichtung aufzusuchen oder nicht. (Seite 37 Grünbuch 4.0). Artikel 12a (4) GG bestimmt: „Kann im Verteidigungsfall der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 55. Lebensjahr durch Gesetz zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden.“*

Hier kann man das  
Grünbuch ZMZ 4.0 herunterladen:

[https://zoes-bund.de/wp-content/uploads/2025/03/250306\\_Gruenbuch\\_ZMZ\\_digital.pdf](https://zoes-bund.de/wp-content/uploads/2025/03/250306_Gruenbuch_ZMZ_digital.pdf)



Der AK Frieden von ver.di, Bezirk Stuttgart, sieht in der für 2026 geplanten Stationierung von Hyperschall-Mittelstreckenraketen in Deutschland eine deutliche Steigerung der Gefahr eines Atomkriegs in Mitteleuropa. Wir unterstützen deshalb den **Berliner Appell**, der diese Stationierung ablehnt. Hier kann man den Appell unterzeichnen:

<https://nie-wieder-krieg.org/>



Berliner Appell

Das Grünbuch (Seite 44ff) sieht große **Herausforderungen für die Polizei**, wenn Teile der Zivilgesellschaft den Mentalitätswechsel zur Kriegstüchtigkeit nicht mitgehen

Wenn Deutschland Drehscheibe von Truppen- und Waffenverlagerungen wird, habe die **Polizei** folgendes zu erwarten: Spontan-Demonstrationen durch Friedensaktivisten und andere („vergleiche die *Bauernblockaden 2024 der Bundesautobahnen*“ Seite 44 Grünbuch). Sabotagehandlungen an Straßeninfrastruktur und Bahnanlagen. Staus auf Autobahnen durch Urlaubszeit oder Demonstrationen, Streik des Straßenunterhaltungspersonals, Blockaden auf Bahnstrecken („vergleiche *Gorleben-Blockaden*“). Flughäfen: „*Demonstration, Blockaden* (vergleiche „*Letzte Generation*“). „*Streik des Hafens/ Flughafenspersonals*“. „*Demonstrationen/Blockaden an den Autobahnauf und -abfahrten*“ uvm. (Seite 46 Grünbuch). Umgang mit Unruhen der Bevölkerung wegen Einschränkungen für den Öffentlichen Verkehr, eingeschränkte Versorgung. Schutz von Versammlungen und Demonstrationen.

Beschäftigten wird so per Arbeitsvertrag die aktive Teilnahme zur Kriegstüchtigkeit und Vorbereitung eines Krieges aufgezwungen.

Das Grünbuch ZMZ 4.0 fordert angesichts der Zumutungen für die Bevölkerung bei einer kriegerischen Auseinandersetzung der Nato, die Förderung eines **Mentalitätswechsels** zur Akzeptanz von Krisenszenarien und die Herstellung einer Opferbereitschaft in der Bevölkerung als Teil einer glaubwürdigen Abschreckung. Dazu gehören Schulungen zur Vorratshaltung und Vorbereitung auf Mangellagen und Werbung in Schulklassen. Allerdings verpflichtet die Landesverfassung von Baden-Württemberg in Artikel 12, dass die Jugend zur Brüderlichkeit aller Menschen und zur Friedensliebe zu erziehen sind.

Das Grünbuch fordert eine Stärkung der Resilienz, insbesondere für wichtige **Infrastruktur** zur Unterstützung der Streitkräfte. So steht in der Gesetzesbegründung für die 500 Milliarden € Infrastruktur-Mittel: „*Die tatsächliche Fähigkeit, ein deutlich gesteigertes Verteidigungspotenzial auch zur Wirkung zu bringen, setzt die Verfügbarkeit einer ausgebauten, funktionstüchtigen und modernen Infrastruktur, zum Beispiel im Verkehrsbereich voraus.*“

Und schließlich legt das Grünbuch mit der Warnung vor hybrider Kriegsführung und **Desinformationskampagnen** den Grundstein für den Generalvorwurf: „*Wer uns nicht glaubt ist auf die Lügen Putins hereingefallen.*“ Obwohl jeder weiß, dass bei der Vorbereitung und Durchführung eines Krieges auf allen Seiten gelogen wird.

Nach den **Erfahrungen aus der Zeit des Nationalsozialismus** wurde im Grundgesetz eine konsequente Trennung zwischen den Aufgaben der **Polizei** und der **Bundeswehr** zum Schutz vor Militarisierung der inneren Sicherheit geregelt. Ebenso wurden die Aufgaben der Polizei und der **Geheimdienste** aus den Erfahrungen mit der Gestapo streng getrennt. Diese Trennung soll für die Kriegsvorbereitung offensichtlich aufgeweicht werden.

Dazu **äußerst bedenkliche Überlegungen** im Grünbuch ZMZ 4.0: Trainingseinheiten der Polizei mit der Bundeswehr. Enge Zusammenarbeit durch Einsatz der Bundeswehr zur Unterstützung der inneren Sicherheit oder der Polizei für die Absicherung der Truppentransporte. „Ausgestaltung“ des Trennungsgebots im Informationsaustausch zwischen Verfassungsschutz und Polizei für den Krisenfall. Klärung des Kombatantenstatus der Polizei (Polizei - Teil der Streitkräfte und Recht unmittelbar an Feindseligkeiten teilzunehmen?). Schaffung ordnungspolizeilicher Befugnisse für Militärpolizei-Feldjäger. Verteilung der Befugnisse zwischen Bundeswehr-Heimatschutz und Polizei, Abstimmung mit beteiligten privaten Sicherheitsfirmen, Überwachung der Grenzen. Prüfung, ob Bundespolizei durch Militärpolizei-Feldjäger oder bereits eingesetzte Natotruppen unterstützt werden können. Prüfung erweiterter Befugnisse der Polizei, Zusammenarbeit mit den Nachrichtendiensten. In Erwartung von Cyberangriffen und Desinformationskampagnen Russlands und Chinas „*ist eine systematische enge Abstimmung zwischen Nachrichtendiensten, Bundeswehr und Polizei...erforderlich.*“ (Seite 43 Grünbuch) Die Bundeswehr stimmt den Operationsplan für Deutschland hinsichtlich der Auswirkungen auf die Innere Sicherheit mit der Bundes- und der Länderpolizeien ab (Seite 44).

Kompatibel zum Grünbuch wurde Nina Warken als **neue Bundesgesundheitsministerin** vorgestellt. Frau Warken hatte bisher als Juristin beruflich und politisch noch nichts mit Krankenhäusern zu tun. Sie war aber seit 2015 Präsidentin des THW BaWü, im Bundestag Berichterstatterin der Unionsfraktionen zu Zivil- und Katastrophenschutz und Mitglied des Gemeinsamen Ausschusses des Deutschen Bundestags, was im Verteidigungsfall das Notparlament ist.